

Drogendealer droht Ausschaffung

Der Walliser Anwalt und SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor setzt sich für einen tunesischen Bandenführer ein



Junge Erwachsene sollen in Siders einen Haschisch-Handel betrieben haben.

SANDRO BÜCHLER / CH MEDIA

MATTHIAS SANDER, SIDERS

Es war wohl nur eine Frage der Zeit, bis der Prozess vor dem Bezirksgericht Siders am Montagvormittag eine politische Note bekommen sollte. Drei Stunden lang war es um einen 22-jährigen Tunesier gegangen, geboren in Sitten, der sein ganzes Leben im Wallis verbracht hat. Fünf Mal war er bereits strafrechtlich verurteilt worden, nun drohte ihm wegen Drogenhandels die sechste Verurteilung – und damit die Ausschaffung ins Heimatland seines Vaters.

Dann spielte der Staatsanwalt plötzlich darauf an, welcher besondere Verteidiger die Ausschaffung zu verhindern versuchte: Jean-Luc Addor, Anwalt in Sitten und Nationalrat der SVP, die bekanntlich kriminelle Ausländer konsequent ausschaffen will.

«Ich bedaure, den Staatsanwalt schockiert zu haben», konterte Addor. Er mache hier nur seine Arbeit als Anwalt und keine Politik. Doch wenige Atemzüge später wies Addor selbst auf eine noch grössere politische Dimension dieses Prozesses hin: darauf, ob das Gericht wirklich eine erneute Verurteilung der Schweiz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte riskieren wolle, in dieser «juristisch wie politisch ziemlich brenzlichen Frage» der Ausschaffung krimineller Ausländer.

Dabei war der Prozess in Siders schon ohne diese Grundsatzfrage bemerkenswert. Gemäss dem Staatsanwalt hatte der Beschuldigte zusammen mit einem Komplizen den grössten Haschisch-Handel im Wallis seit Bernard Rappaz aufgebaut, dem legendären «Hanfbauern», der 2008 zu einer

Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Am Montag gestand der Angeklagte, von 2021 bis wenige Wochen vor seiner Festnahme im November 2023 in einer Hochhaussiedlung in Siders rund 250 Kilogramm Haschisch verkauft zu haben.

Nach Banlieue-Vorbild

Der genaue Umfang seines illegalen Geschäfts war ein Streitpunkt vor Gericht. In Polizeiverhören hatte der junge Mann gesagt, bereits ein Jahr früher mit dem Dealen begonnen und viel mehr Drogen verkauft zu haben, nämlich 540 Kilogramm. Selbst dieses Volumen war laut dem Staatsanwalt noch eine konservative Schätzung, wie auch der Gesamtumsatz von laut der Anklageschrift fast fünf Millionen Franken.

Der Beschuldigte sagte auf mehrere Nachfragen des vorsitzenden Richters, die Polizei habe ihm in den Verhören keine «Redefreiheit» gewährt. «Ich wollte einfach, dass die Prozedur vorankommt.» Mit dem Drogenhandel habe er schliesslich aufgehört, weil er ihm nur Probleme gebracht habe.

Probleme jedoch schuf er laut der Staatsanwaltschaft vor allem für andere. Er soll mit einem Komplizen, gegen den gesondert ermittelt wird, als Bandenführer nach französischem Banlieue-Vorbild agiert haben, als sogenannter «caïd». Der Staatsanwalt nutzte explizit diesen in Frankreich üblichen Begriff. Als «caïds» soll das Duo rund dreissig Personen, die Hälfte von ihnen Minderjährige, mit Drogen beliefert haben. Manche dieser Personen konsumierten selbst Haschisch, hauptsächlich verkauften sie es an Dritte weiter. Dafür verschuldeten sich mehrere Personen beim Beschuldigten.

Um diese Beträge von zuweilen 5000 Franken einzutreiben, beteiligte sich der Beschuldigte laut der Anklage in fünf Fällen direkt oder indirekt an (versuchter) Erpressung, in teilweise besonders schwerer Form. So habe er Komplizen den Aufenthaltsort eines Schuldners verraten, den diese anschliessend schwer verletzt hätten. Einem anderen Kunden habe der Angeklagte damit gedroht, ihn «umzulegen» und ihm «das Gesicht zu entstellen». Die Beschuldigte und sein Hauptkomplize hätten die Hochhaussiedlung Aldrin in Siders in einen «Ort der Gefahren verwandelt», sagte der Staatsanwalt weiter, es habe eine rechtsfreie Zone gedroht. Leute wie er müssten «im Gefängnis versauern, bevor sie ausgeschafft werden». Der Staatsanwalt forderte eine Freiheitsstrafe von vier Jahren.

Der Verteidiger stellte die Sache naturgemäss ganz anders dar. Die Polizei, die Staatsanwaltschaft und mit ihnen die Medien hätten die Affäre aufgebauscht, sagte Jean-Luc Addor. Sein Mandant sei kein «caïd», sondern ein junger Erwachsener, der nur eines wolle: die letzte Chance, sich schnellstmöglich wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Addor wies auf vermeintliche Ungerechtigkeiten hin: Der Beschuldigte sitze bereits seit 266 Tagen in Untersuchungshaft, während andere Beteiligte des Dro-

genhandels schon wieder auf freiem Fuss seien. Zudem, behauptete Addor, habe ein bekannter Walliser auf der Haupttribüne des FC Sion mit Kokain und Prostituierten feiern können, ohne belangt worden zu sein – «weil er die Prominenz des Kantons in der Hand hält».

U-Haft verlängert

Mildernde Umstände fand Addor auch für die Taten seines Klienten: Dieser sei nicht nur Drogenhändler gewesen, sondern selbst auch Konsument. Er habe nicht offen auf der Strasse gedealt, sondern in Wohnungen. Im Gegensatz zu seinem Komplizen habe er nur mit Haschisch gedealt, nicht auch mit Kokain.

Ein wichtiger Punkt betraf die fünf vorherigen Verurteilungen des Angeklagten. Der Staatsanwalt hatte die Taten mit einem «Katalog des Strafgesetzbuches» verglichen: Angriff, Drohung, Diebstahl, Hausfriedensbruch und mehr. Addor hingegen verwies darauf, dass sein Klient diese Taten zumeist als Minderjähriger begangen habe und dass er mit einem gewalttätigen Vater aufgewachsen sei.

Schliesslich plädierte Addor spezifisch für die Anwendung der von der SVP gern kritisierten Härtefallklausel, um die Ausschaffung zu verhindern. Er verwies darauf, dass der Beschuldigte bis auf seinen Pass keine Verbindung mit Tunesien habe und praktisch ebenso wenig eine mit Marokko, dem Heimatland seiner Mutter. Zudem habe er eine Zusage für einen Arbeitsplatz und sei verlobt.

Hier kam es zum finalen Showdown zwischen Anklage und Verteidigung. Der Staatsanwalt las eine Liste von Urteilen des Bundesgerichts vor, welche die Ausschaffung krimineller Ausländer trotz noch stärkeren Verbindungen zur Schweiz bestätigte. Jean-Luc Addor hingegen sagte lapidar, das Bundesgericht fälle alle möglichen Urteile – doch erst im September 2024 habe der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem ähnlichen Fall die Schweiz wegen einer Ausschaffung verurteilt.

Das Bezirksgericht Siders wollte am Montag noch kein Urteil fällen. Es ordnete die Verlängerung der U-Haft gegen den Beschuldigten an, bis es sein schriftliches Urteil verschickt.

Rätoromanen wehren sich gegen Germanisierung

Mit vielen Projekten wie Romanen oder Übersetzungen wird versucht, dem Gewichtsverlust der Landessprache entgegenzuwirken

ROGER BLUM

David Truttmann, Chefredaktor der rätoromanischen Tageszeitung «La Quotidiana», sucht verzweifelt einen Korrespondenten für das Sprachgebiet des Surmiran in Graubünden, wo etwa sieben Prozent der Rätoromanen wohnen. Er findet niemanden. Und für die wenigen hundert, die Sutsilvan sprechen, ist die Situation noch vertrackter.

Die Rätoromanen sind heute in der Schweiz die kleinere Sprachgruppe als die Gruppen der Menschen, die Englisch, Portugiesisch, Albanisch, Spanisch, Serbisch, Kroatisch oder Türkisch sprechen. Aber das Rätoromanische besitzt eine herausgehobene Stellung: 1938 wurde es in einer Volksabstimmung zur Schweizer Landessprache (neben Deutsch, Französisch und Italienisch) erhoben, 1996 wurde es – wieder durch Volksabstimmung – Amtssprache des Bundes im Verkehr mit den Rätoromanen. In Graubünden ist Rätoromanisch generell Amtssprache neben Deutsch und Italienisch.

«Das Rätoromanische ist institutionell stark abgestützt», sagt Matthias Grünert, Professor für Rätoromanisch an der Universität Freiburg, «aber die Sprachgruppe verliert an Gewicht.» Die 40 000 Rätoromanen, von ihnen rund 29 000 im Kanton Graubünden, machen 0,5 Prozent der Bevölkerung der Schweiz aus. In Graubünden beträgt ihr Anteil 14 Prozent. «Die tägliche Herausforderung bleibt», konstatiert Rico Va-

lär, Professor für rätoromanische Literatur und Kultur an der Universität Zürich. «Im sprachlichen Alltag geht der Trend Richtung Germanisierung. Auch die Migrationsbewegung in beide Richtungen schwächt das Rätoromanische.» Denn viele der Jungen wandern ab, Fremdsprachige wandern ein.

Verschiedene Eindringlinge

In der römischen Provinz Rätien, zu der Graubünden fünf Jahrhunderte gehörte, setzte sich Latein durch, und daraus entstand die Sprache der Rätoromanen. Doch dann drangen von Norden her die Alemannen und von Westen her die Walser vor. Graubünden wurde mehr und mehr germanisiert. Ausserdem orientierten sich die drei Bünde in Rätien im Spätmittelalter an den deutschsprachigen Eidgenossen im Norden. Besonders stark wirkte sich der deutschsprachige Einfluss durch die Industrialisierung und den Tourismus ab dem Ende des 19. Jahrhunderts aus.

Die Bedrohung der helvetischen Viersprachigkeit durch den Faschismus brachte eine erste Wende. Und erst die Erkenntnis, dass die fünf Idiome Sursilvan (in der Surselva), Sutsilvan (im Domleschg und im Schams), Surmiran (in den Regionen Albula und Oberhalbstein), Puter (im Oberengadin) und Vallader (im Unterengadin und im Münsertal) als Dach eine Standardsprache brauchen, weil sie sonst gegen aussen

bedeutungslos bleiben, rief neue Aktivitäten hervor.

1980 lancierte der damalige Sekretär der Lia Rumantscha, Bernard Cathomas, die Idee einer solchen übergeordneten Sprache. Es gelang ihm, den Zürcher Romanistikprofessor Heinrich Schmid dafür zu gewinnen, Richtlinien für die neue Sprache aufzustellen, und was dieser abliefern, wurde allgemein als «genialer Wurf» bewertet und 1996 mit dem Preis der Stiftung Brandenberger gewürdigt. Rasch setzte sich dieses Rumantsch Grischun in der Verwaltung, in der Werbung, in offiziellen Bekanntmachungen und Durchsagen sowie in den Online-Kanälen der Medien und der Zentralverwaltungen durch, nicht aber in den Schulen. Und im Alltag werden weiterhin die fünf Idiome gesprochen.

Auch die Medien – wie die Tageszeitung «La Quotidiana» oder die Radio- und Fernsehsendungen von Radiotelevision Svizra Rumantscha (RTR) – verwenden beides: Meldungen und überregionale Berichte werden in Rumantsch Grischun, Reportagen aus den Regionen in den jeweiligen Idiomen vermittelt. Die Redaktionen jonglieren also mit sechs rätoromanischen Varianten und erst noch mit Deutsch. Das hat allerdings positive Folgen, wie der RTR-Chefredaktor Flavio Bundi feststellt: «Wir tragen dazu bei, dass man auch andere Idiome als das eigene hört.» Und: «Wir sind extrem nahe am Publikum.» Vorerst garantiert die SRG,

dass die Rätoromanen qualitativ hochstehenden Radio- und Fernsehjournalismus erhalten. Und vorerst garantiert die Fundaziun Medias Rumantschas, finanziert durch den Bund und den Kanton Graubünden und mitunterstützt durch vier Medienhäuser, dass es nicht nur die «Quotidiana», sondern auch weiterhin Regionalzeitungen im Engadin («Engadiner Post») / «Posta Ladina») und im Surmiran-Gebiet («La Pagina da Surmeir») mit rätoromanischen Inhalten gibt.

Ein deprimierendes Umfeld

In Chur verlegt die Chasa Editura Rumantscha rätoromanische Literatur. Sie hat zurzeit 84 Titel gelistet – zwei Drittel davon in Sursilvan und Vallader, kleinere Anteile in Rumantsch Grischun, Puter und Surmiran. Dass Rumantsch Grischun nicht stärker verwendet wird, begründet die Geschäftsführerin Nadina Derungs damit, dass es kaum Autorinnen und Autoren gebe, die Rumantsch Grischun als ihre Schreibsprache verwendeten.

Die rätoromanische Welt steht jedenfalls nicht still. Die Lia Rumantscha, die die Interessen der Rätoromanen wahrnimmt, setzt beispielsweise auf die Weitergabe der rätoromanischen Sprache in Online-Formaten an interessierte Jugendliche, die ausserhalb des Sprachgebiets keinen Zugang zu einer romanischen Schulbildung haben. Dem Projekt, das «Rumantsch a distanza» heisst,

misst der Vizeregensekretär Andreas Gabriel grosse Bedeutung bei.

Der Freiburger Professor Matthias Grünert plant einen rätoromanischen Sprachatlas. Der Zürcher Professor Rico Valär will die lange Zusammenarbeit der romanischen Minderheiten in Graubünden, Südtirol und Friaul untersuchen. Und Bernard Cathomas, der Initiant des Rumantsch Grischun, der mit dem Buch «Ein Weg zur Einheit in der Vielfalt» vor zwei Jahren eine Art Rechenschaftsbericht verfasst hat, bilanziert heute: «Rätoromanisch hat dank der Standardsprache an Kraft, Präsenz und Prestige gewonnen.»

David Truttmann, der Chefredaktor der «Quotidiana», der keinen Korrespondenten für das Surmiran findet, lässt, um dies auszugleichen, Texte von Rumantsch Grischun auf Surmiran übersetzen. So bleibt für die Einheimischen alles wie immer. Mit eigenen Medien und eigener Literatur sind die Rätoromanen geradezu privilegiert. Doch das demografische Umfeld ist deprimierend: Deutschsprachige, die ins rätoromanische Sprachgebiet einwandern, müssen nicht Rätoromanisch lernen, wenn sie nicht wollen. Denn die Rätoromanen sprechen alle auch Deutsch. So tragen sie selber ein wenig zu ihrer Marginalisierung bei.

Roger Blum ist emeritierter Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Bern.